Ost/Mag
Wissenschaftliche Beiträge des Ostinstituts Wismar
Ostinstitut/Wismar

# Welche Zukunft für die Eurasische Wirtschaftsunion?

**Autor: Alessandro Tripolone** * **Stand: Januar 2026**

**Inhaltsverzeichnis:**

**A. Einführung**
**B. Die Theorie des Eurasianismus**
**C. Die Etappen zu der Eurasischen Wirtschaftsunion**
**D. Ziele und aktuelle Lage der EAWU**
**E. Die Zukunft der EAWU**
**F. Schlussbetrachtungen**

## A. Einführung

Im Jahr 1994 schlug der damalige Präsident Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, die Gründung einer Eurasischen Union nach dem erfolgreichen Vorbild der Europäischen Union vor. Der Vorstoß zielte darauf ab, die regionale Integration im postsowjetischen Raum zu vertiefen, wirtschaftliche Interdependenzen auszubauen und damit die Entwicklungsdynamiken der neu entstandenen Staaten zu stärken.

Angesichts der Auflösung der Sowjetunion und der anschließenden schweren Wirtschaftskrise in der eurasischen Region gewann gegen Ende der 1990er-Jahre die Idee einer internationalen Organisation, die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten Eurasiens wirksam koordinieren sollte, zunehmend an Bedeutung. Die Präsenz eines hegemonialen Akteurs wie der Russischen Föderation

---

Zitierweise: Tripolone, A., Welche Zukunft für die Eurasische Wirtschaftsunion? O/L-1-2026, https://www.ostinstitut.de/files/de/2026/Tripolone_Welche_Zukunft_fuer_die_Eurasische_Wirtschaftsunion_OL_1_2026.pdf.

* Dr. Alessandro Tripolone hat sich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock promoviert. Er kooperiert mit der Akademie für Öffentliche Verwaltung des belarussischen Präsidenten in Minsk.

innerhalb einer hypothetischen Eurasischen Union, die potenziell alle Staaten der Region hätte vereinen können, erschwerte jedoch die Etablierung einer internationalen Organisation mit echter supranationaler Autorität. In der Tat waren viele Staaten der ehemaligen UdSSR nicht bereit, einer regionalen Struktur beizutreten, in der ihre innenpolitischen Entscheidungen de facto von Moskau beeinflusst oder kontrolliert worden wären. Infolgedessen entstanden in Eurasien seit dem Zerfall der Sowjetunion bis zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) im Jahr 2015 verschiedene Projekte regionaler Integration. Staaten wie Belarus und Kasachstan, die bis heute wirtschaftlich eng mit Russland verflochten sind, beteiligten sich dabei konsequent an allen von Moskau initiierten Integrationsprogrammen in der Region und gehören zusammen mit Russland als Gründerstaaten der EAWU.

Die Eurasische Wirtschaftsunion ist eine internationale Organisation mit verbindlicher Rechtskraft, deren Ziel es ist, die regionale wirtschaftliche Integration in Eurasien zu fördern. Der Gründungsvertrag wurde am 29. Mai 2014 in Astana von den Präsidenten von Belarus, Kasachstan und Russland unterzeichnet und trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Kurz darauf schlossen sich auch Armenien (2. Januar 2015) und Kirgisistan (12. August 2015) der Union an. Die Mitgliedschaft steht grundsätzlich allen Staaten der Region offen, die die gemeinsamen Prinzipien und Ziele der Zusammenarbeit sowie des wirtschaftlichen Wachstums in Eurasien teilen.

Dank einer Ölproduktion von 611,7 Millionen Tonnen (14,5% der weltweiten Förderung), einer Gasproduktion von 818 Milliarden Kubikmetern (20,3% der globalen Förderung), sowie einer Bevölkerung von rund 185,9 Millionen Menschen, von denen 93,4 Millionen zur Erwerbsbevölkerung zählen, präsentiert sich die EAWU heute als internationale Organisation, die darauf abzielt, das wirtschaftliche Wachstum Eurasiens durch zwischenstaatliche Kooperation zu fördern. Angestrebt wird die vollständige Freizügigkeit von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften im gesamten Territorium der Union.

Theoretisch beruht die EAWU auf der Idee des Eurasianismus, der die Eigenheit der eurasischen Kultur sowie die Einzigartigkeit der Zivilisation Eurasiens betont. Besonders der derzeitige russische Präsident Wladimir Putin interpretiert diese Theorie, die eng mit den Konzepten der slawischen Bruderschaft und der russischen Welt verknüpft ist, als Schlüssel, um alle Staaten Eurasiens in die Mechanismen der Union einzubinden. Sein übergeordnetes Ziel besteht dennoch darin, durch diese Organisation die Grundlagen für ein erneuertes russisches Imperium im eurasischen Raum zu schaffen. Genau hier zeigt sich jedoch die Grenze einer möglichen Erweiterung der Funktionen der Organisation: da ihre Ziele primär ökonomisch ausgerichtet sind, wollen die Staaten Eurasiens nicht auf ihre nationale Souveränität verzichten, insbesondere nicht gegenüber einer stärkeren Macht wie Russland, um eine mögliche Kontrolle ihrer nationalen Politiken durch Moskau zu vermeiden.

Obwohl sich die EAWU heute als ökonomische Organisation präsentiert, in der die fünf Mitgliedstaaten formal über gleiche Entscheidungsbefugnisse innerhalb der Institutionen verfügen und die durch

wirtschaftliche Zusammenarbeit den Herausforderungen der Globalisierung begegnen soll, haben sich die wirtschaftlichen Interaktionen zwischen diesen Ländern bislang nur schwach entwickelt. Dies liegt vor allem daran, dass die Beseitigung von Hindernissen und Barrieren im Binnenhandel durch die Eurasische Wirtschaftskommission nur schleppend voranschreitet und die Mitgliedstaaten ihre Integration nicht wesentlich vertiefen wollen. Zudem ist das heutige geopolitische Szenario in Eurasien durch den Konflikt in der Ukraine stark belastet. Dies verhindert nicht nur eine mögliche Erweiterung der Union, sondern erschwert auch aufgrund der Sanktionspolitik der westlichen Staaten gegenüber Russland und Belarus eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft sowie mit Drittstaaten. Tatsächlich sind viele potenzielle Partnerländer davon abgeschreckt, mit einer Organisation zu kooperieren, in der Russland eine Führungsrolle innehat, da sie befürchten, indirekt ebenfalls von Sanktionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten betroffen zu sein.

Angesichts dieser Tatsachen steht die EAWU heute an einem Scheideweg zwischen ökonomischer Zweckgemeinschaft und geopolitischem Machtinstrument. Diese Ambivalenz prägt sowohl ihre institutionelle Entwicklung als auch ihre Wahrnehmung durch externe Akteure.

Dieser Aufsatz will die Eurasische Wirtschaftsunion analysieren, um zu verstehen, wie diese internationale Organisation entstanden ist und sich im Laufe der Zeit entwickelt hat. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Entwicklungsperspektiven den Mitgliedstaaten der EAWU heute offenstehen, um ihre ökonomische Position durch diese regionale Organisation zu stärken, und welche Rolle die Union auf dem geopolitischen Schachbrett einnehmen kann.

## B. Die Theorie des Eurasianismus

Die Eurasische Wirtschaftsunion ist theoretisch in der Tradition des Eurasianismus verankert. Diese Theorie entstand in den 1920er Jahren unter russischen Autoren wie Nikolai Trubetzkoy (1890–1938), Pjotr Savitsky (1895–1968) und Georgi Florowski (1893–1979), die die kulturelle und zivilisatorische Eigenständigkeit des eurasischen Raumes gegenüber Europa und Asien betonten.

Der Eurasianismus in seiner klassischen Form des 20. Jahrhunderts geht im Wesentlichen davon aus, dass die eurasische Region über eigene Werte, eine spezifische Kultur und eine unverwechselbare Identität verfügt, die sich sowohl von der westlichen als auch von der asiatischen Tradition unterscheidet. Die eurasische Mission zielte darauf ab, Eurasien klar von Europa und Asien abzugrenzen und es als eigenständige Zivilisation darzustellen, die einen sechsten Teil der Welt mit einer einzigartigen Kultur repräsentiert[1].

[1] Ostrovsky Max (2008): *„The idea of Eurasia“.* In Working Paper (Helmut Kohl Institute for European Studies), 64/2008. European Forum at Hebrew University, Marjorie Mayrock Center for Russian, Eurasian and East European Researcher. S. 10.

Als intellektueller Vorläufer der eurasischen Theorie gilt Nikolai Danilewski (1822–1885), der in seinem Werk *„Russland und Europa“* (1871) die zentrale Rolle Russlands als Hauptakteur im eurasischen Raum hervorhob und die Besonderheit der slawischen Kultur als Kern einer Union aller slawischen Staaten betonte. Auf dieser Grundlage verfolgten die eurasischen Autoren das Ziel, die eurasische Kultur vor westlichem Einfluss zu schützen. In diesem Zusammenhang sollten sich alle eurasischen Staaten unter der Führung Russlands zusammenschließen, sodass Moskau als zentraler Impulsgeber sowohl für den Integrationsprozess als auch für das wirtschaftliche Wachstum der Region fungieren könnte. Russland kommt dabei aufgrund seiner geografischen Lage und wirtschaftlichen Bedeutung die Hauptaufgabe zu, die übrigen eurasischen Nationen unter seiner Führung zu leiten, um Stabilität und Entwicklung in der Region zu gewährleisten und gleichzeitig Eurasien vor der ideologischen Bedrohung durch die Verwestlichung zu bewahren.

Die eurasische Theorie spielte nach der Oktoberrevolution von 1917 in Russland eine zentrale Rolle bei der Entstehung der Sowjetunion im Jahr 1922, da sie das Konzept einer slawischen Bruderschaft zwischen den verschiedenen von Moskau kontrollierten Sowjetrepubliken stützte.

Im Verlauf des Kalten Krieges und im Rahmen der Konfrontation zwischen Washington und Moskau verlagerte sich der Fokus der westlichen Welt, meistens der Vereinigten Staaten, zunehmend auf Eurasien. Die Region wurde als strategisch bedeutsam und ressourcenreich identifiziert und galt als von grundlegender Bedeutung für die Gestaltung der Weltpolitik. Der Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (1928–2017) wies in seinem Werk *„Das große Schachbrett: Amerikanische Vorherrschaft und ihre geostrategischen Imperative“* (1997) Eurasien eine wesentliche geostrategische Wichtigkeit zu. Er betonte die Notwendigkeit eines direkten Einflusses der Vereinigten Staaten auf diesen Teil der Welt, um ein regionales Gleichgewicht zu schaffen, in dem die USA als politischer Schiedsrichter auftreten sollten, um die russische Dominanz einzudämmen.

In der postsowjetischen Zeit griffen die russischen politischen Eliten die Idee einer russischen Vorherrschaft in Eurasien wieder auf, sowohl als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung der Region als auch zum Schutz vor einer als dekadent wahrgenommenen westlichen Kultur. Damit sollte die Legitimation für neue russische Integrationsprojekte gestärkt werden. Der Eurasianismus dient hierbei als ideologisches Fundament, welches die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer kulturellen und historischen Mission verbindet: die Konsolidierung einer gemeinsamen eurasischen Identität unter der Koordination Moskaus, um Eurasien stärker und wettbewerbsfähig gegenüber der westlichen Welt zu machen.

Aus dieser Perspektive verfolgen heutzutage die Exponenten des Neu-Eurasianismus nach dem Zusammenbruch der UdSSR mit der sogenannten *Eurasischen Doktrin* das Hauptziel, die Idee eines starken Russlands als Führungsmacht im eurasischen Raum wiederzubeleben und die russische Kultur gegen die als Bedrohung wahrgenommene westliche Einflusssphäre, zumeist die USA, zu behaupten. Innerhalb des Neu-Eurasianismus ist der russische Politikwissenschaftler Alexander Dugin (1962) als

bedeutendster Vertreter der modernen eurasischen Idee hervorzuheben. Zentral in seinem Denken ist die Rolle Russlands als mächtige Nation, die kulturell und ökonomisch stärker mit Asien als mit Europa verbunden sei und den Kern der geopolitischen Bühne darstelle. Nach seiner Auffassung ist die Schaffung eines neuen modernen russischen Reiches, wie die Eurasische Union, auf der Grundlage des geopolitischen Dreiecks *„Kiew–Moskau–Astana"* notwendig, um Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt in der gesamten eurasischen Region zu gewährleisten[2].

In seinem Werk *„Die vierte politische Theorie"* (2009) beschreibt Dugin die Rolle Russlands als politischen und wirtschaftlichen Führer des eurasischen Raums. Russland habe die Aufgabe, alle eurasischen Staaten zu vereinen und sie sowohl kulturell als auch militärisch von dem Atlantizismus zu schützen.

Dugins eurasische Theorie inspirierte den russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Idee einer Organisation in Eurasien, die die Bevölkerungen der ehemaligen Sowjetrepubliken erneut miteinander verbinden konnte.

Der russische Präsident präsentierte erstmals Anfang der 2000er Jahre die Idee einer möglichen Union in Eurasien als ein bedeutendes Projekt, das die Einheit aller ehemaligen Sowjetstaaten vorsah, um Eurasien wirtschaftlich enger mit der Europäischen Union und mit China zu verknüpfen. Nach der globalen Wirtschaftskrise von 2008 entwickelte Putin seine Vorstellung einer Eurasischen Gemeinschaft weiter und betonte offen die Notwendigkeit einer soliden Zusammenarbeit im eurasischen Raum zu etablieren. Das Ergebnis dieses Prozesses lässt sich in seinem Artikel für die Iswestija vom 4. Oktober 2011 erkennen: *„Neues Integrationsprojekt für Eurasien – eine Zukunft, die heute geboren wird"*. Darin betonte der russische Staatoberhaupt die Notwendigkeit, eine Eurasische Organisation zu schaffen, die als Mechanismus dienen sollte, das globale Wachstum und den zivilisatorischen Fortschritt des postsowjetischen Raums zu fördern, um gemeinsamen Erfolg und Wohlstand in der gesamten Region zu erreichen.

Nach Putins Auffassung konnte dieses Ziel durch das Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion verwirklicht werden, das bereits in seinen früheren Formen regionaler Integration, wie der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (2000) und der Zollunion (2010), positive Ergebnisse gezeigt hatte. Die Weiterentwicklung des regionalen Projekts musste mit der Beseitigung von Barrieren und Hindernissen im Handel sowie in der Bewegung von Menschen zwischen den Mitgliedstaaten verbunden sein. Putin betonte in seinem Artikel dazu: *„Für die Menschen bedeutet die Abschaffung*

[2] Vgl. Kurt Selim (2023): *„An Analysis of the Motives of the Russian Federation-Ukraine War within Dugin's Understanding of Neo-Eurasianism"*. In Codrul Cosminului, Issue 2 (Vol. 29) / 2023. S.359.

*von Migrations-, Grenz- und anderen Hindernissen, den sogenannten ‚Arbeitsquoten', die Möglichkeit, ohne Einschränkungen frei zu wählen, wo sie leben, eine Ausbildung erhalten und arbeiten möchten*[3]."

Die Idee Putins war deshalb am Einfang eindeutig: durch die Schaffung engerer ökonomischer Interaktionen in Eurasien sollten mehrere Staaten in die Region eingebunden werden, um Russland die Möglichkeit zu geben, die globale Ökonomie über die Union stärker mitzugestalten.

Mit den heutigen politischen Spannungen gegenüber der demokratischen Welt hat Putins Idee einer ökonomischen Union aller Staaten der Region unter russischem Einfluss zunehmend eine politische und militärische Konnotation erhalten. Moskau präsentiert sich dabei inzwischen nicht mehr nur als ökonomische Lokomotive der Union, sondern auch als politisches und militärisches Zentrum Eurasiens, das den Zusammenschluss als Instrument versteht, um den westlichen Staaten entgegenzutreten. In der Tat besteht das heutige Ziel Putins im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion darin, die Staaten Eurasiens enger miteinander zu verbinden, zunächst durch die Schaffung wirtschaftlicher Verflechtungen und die Gewährung ökonomischer Erleichterungen; anschließend durch eine Vertiefung ihrer Interaktionen auch in den politischen und militärischen Sphären, stets unter der Kontrolle Russlands. Auf dieser Grundlage begreift der russische Präsident die Eurasische Union als eine machtvolle supranationale Gemeinschaft souveräner Staaten, die das Potenzial besitzt, sich zu einer tragenden Säule der gegenwärtigen internationalen Ordnung zu entwickeln[4].

Diese Sichtweise ist eng mit dem Konzept einer multipolaren Welt verbunden, in der verschiedene Machtzentren jeweils ihre eigenen globalen Regionen beeinflussen und verwalten. Russland nimmt hier die Rolle des zentralen Akteurs in Eurasien ein und soll die Region durch enge Kooperation mit den anderen Staaten zu Entwicklung und Stabilität führen. Die Eurasische Union bildet somit das Zentrum eines vielschichtigen Austauschs und einer intensiven Interaktion zwischen den Völkern Eurasiens.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Theorie des Eurasianismus auf der Hervorhebung einer einzigartigen eurasischen Kultur beruht, die sich sowohl von den asiatischen als auch von den europäischen Traditionen unterscheidet. Aufgrund ihres gewaltigen Territoriums und ihrer reichen Ressourcen gilt Eurasien als potenziell wohlhabende Region, deren nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung jedoch nur durch eine enge Kooperation aller beteiligten Staaten gewährleistet werden kann. Innerhalb der gegenwärtigen Eurasischen Wirtschaftsunion verfolgt Putin das Ziel, die ehemaligen Sowjetrepubliken erneut unter russischer Führung zu vereinen. Damit soll einerseits eine

[3] Vgl. Putin Vladimir (2011): „*Noviy integrazionniy proekt djla Evrazii — Budushcheye, kotoroe roshdaetsja segodnja*". In Yevraziyskaya Integratsiya: Ekonomika, Pravo, Politika. Nr. 10. 2011. https://cyberleninka.ru/article/n/novyy-integratsionnyy-proekt-dlya-evrazii-buduschee-kotoroe-rozhdaetsya-segodnya/viewer (23.12.2025).

[4] Halbach Uwe (2012): „*Vladimir Putin's Eurasian Union A New Integration Project for the CIS Region*". In Stiftung Wissenschaft und Politik German Institute for International and Security Affairs. January 2012. S. 1.

internationale Organisation entstehen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Region vorantreibt; andererseits dient das Projekt aus russischer Perspektive dazu, die Grundlage für ein neues machtpolitisches Gebilde zu schaffen, das in der Lage wäre, mit der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten als eigenständiger Pol im internationalen System zu konkurrieren.

## C. Die Etappen zu der Eurasischen Wirtschaftsunion

Bei seinem ersten offiziellen Besuch in Russland am 29. März 1994 an der Lomonossow-Universität in Moskau brachte der damalige Präsident Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, erstmals die Idee einer Eurasischen Union ins Gespräch. Nasarbajew bekundete den Willen, im postsowjetischen Raum einen neuen Verband zu gründen, der alle eurasischen Länder integrieren und wirtschaftlichen Wohlstand für die gesamte Region sichern sollte.

Nach seinen Vorstellungen musste zur Erreichung dieses Ziels der Integration und des gegenseitigen Nutzens eine starke Gemeinschaft mit supranationaler Autorität geschaffen werden, die eine angemessene Verteilung der Kompetenzen sowie deren Respektierung durch alle Mitglieder gewährleisten konnte. Genauer definierte Nasarbajew in seinem 2003 erschienenen Artikel „*Die Strategie der Unabhängigkeit*“ die Eurasische Union als einen Zusammenschluss gleichberechtigter, unabhängiger Staaten, der sowohl die Verwirklichung der nationalen Interessen jedes teilnehmenden Landes als auch die Ausschöpfung des gesamten Integrationspotenzials anstrebt[5].

Die Eurasische Union sollte nach dem damaligen Präsidenten Kasachstans jedoch keine Reinkarnation der UdSSR sein, sondern vielmehr eine regionale Organisation, die ihren Mitgliedern die Voraussetzungen für aktive Mitwirkung bietet. Sie sollte dazu beitragen, die wirtschaftlichen Probleme der Region infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion zu mildern und zugleich interne Konflikte beizulegen, die im Zuge der Globalisierung entstanden waren.

Dementsprechend muss nach kasachischer Ansicht die Eurasische Union ein ausschließlich wirtschaftlicher Zusammenschluss eurasischer Staaten sein, die gemeinsame historische Wurzeln und eine gemeinsame politische Kultur teilen. Das Ziel der Gemeinschaft muss darin bestehen, die wirtschaftliche Lage in der Region durch eine umfassende Kooperation aller eurasischen Staaten zu verbessern und zugleich den modernen Herausforderungen der Globalisierung wirksam zu begegnen.

Die Organisation soll deshalb auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beruhen. Sie darf ausschließlich wirtschaftlichen Charakter haben und keine politische Dimension annehmen, um mögliche Antagonismen zwischen den Mitgliederstaaten zu vermeiden.

[5] Vgl. Nazarbayev N. A. (2011): „*Evraziyskiy Sojuz: Ot Idei k Istorii Budushchego*”. In Izvestija. 25.10.2011. http://izvestia.ru/news/504908 (30.12.2025).

Obwohl in den 1990er-Jahren, nach dem Ende der Sowjetunion und angesichts der schweren Wirtschaftskrise, mit der die ehemaligen Sowjetrepubliken nach der Trennung von Moskau konfrontiert waren, eine einheitliche wirtschaftliche Zusammenarbeit in Eurasien nur schwer zu realisieren war, entstanden zahlreiche Regionalprojekte, die eine Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Kooperation in der Region anstrebten. Die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Jahr 1991 stellte den ersten Versuch der ehemaligen Sowjetrepubliken dar, durch eine zwischenstaatliche Organisation einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sicherheitsraum in Eurasien nach der Auflösung der UdSSR weiterzuführen. Dennoch bestanden in der eurasischen Region nach dem Ende der Sowjetunion weiterhin militärische und politische Spannungen, und nicht alle Staaten waren bereit, mit Russland zu kooperieren, da sie sich nicht erneut unter dessen Kontrolle stellen wollten.

Staaten wie Belarus und Kasachstan hatten beispielsweise enge Kontakte mit Russland aufgebaut und blieben auch nach dem Ende der UdSSR eng mit der russischen Wirtschaft verbunden. Infolgedessen unterzeichneten Belarus, Kasachstan und die Russische Föderation im Jahr 1995 das Abkommen über die Zollunion. Ziel dieses Abkommens war es, Hindernisse für den freien wirtschaftlichen Austausch zwischen den Wirtschaftssubjekten der Vertragsparteien zu beseitigen, freien Handel und fairen Wettbewerb zu gewährleisten und letztlich die nachhaltige Entwicklung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu fördern. Am 29. März 1996 unterzeichneten die Präsidenten von Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Russland in Moskau den Vertrag über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich, um ihre Zusammenarbeit zu konsolidieren und weiter zu verstärken. Tadschikistan trat auch dem Vertrag 1998 bei und am 10. Oktober 2000 gründeten die Präsidenten dieser fünf Staaten in Astana die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC), um den Prozess der Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraums effektiv voranzutreiben.

Um die wirtschaftliche Kooperation in Eurasien zu vertiefen, unterzeichneten die Präsidenten von Belarus, Kasachstan, der Russischen Föderation und der Ukraine am 19. September 2003 in Jalta das Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums. In der Folge begannen die Regierungen der Vertragsparteien mit der Ausarbeitung eines Rechtsrahmens, der den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften gewährleisten und damit die Grundlage für einen einheitlichen Wirtschaftsraum schaffen sollte. Doch die geopolitische Neuausrichtung Kiews hin zur europäischen Integration nach 2004 verhinderte ihre weitere Teilnahme. Infolgedessen beschlossen die Staatschefs der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft im August 2006, dass Belarus, Kasachstan und Russland ihre Bemühungen zur Bildung einer Zollunion im sogenannten Troika-Format intensivieren würden. Kirgisistan und Tadschikistan, deren wirtschaftliche Entwicklungsniveaus im Vergleich zu den übrigen Mitgliedern der EurAsEC noch deutlich niedriger waren, sollten schrittweise beitreten, sobald ihre Volkswirtschaften ein ausreichendes Maß an Reife erreicht hätten.

Im Jahr 2010 begann die Errichtung eines einheitlichen Zollgebiets sowie die Bildung der Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland. Ziel war es, den freien Warenverkehr im gegenseitigen

Handel zu ermöglichen, günstige Handelsbedingungen zwischen der Zollunion und Drittländern zu schaffen und die wirtschaftliche Integration dieser Staaten zu fördern. Zu diesem Zweck wurde ein einheitlicher Zolltarif eingeführt, die Zollabfertigung und -kontrolle an den Binnengrenzen abgeschafft und der ungehinderte Warenverkehr innerhalb des Gebiets der drei Staaten gewährleistet.

Im November 2011 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Länder der Zollunion die Erklärung zur Eurasischen Wirtschaftsintegration und leiteten damit den Übergang zur nächsten Integrationsstufe – dem Gemeinsamen Wirtschaftsraum – ein. Gleichzeitig unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Kasachstans und Belarus den Vertrag über die Eurasische Wirtschaftskommission.

Im Januar 2012 traten internationale Verträge in Kraft, die die rechtliche Grundlage für den Gemeinsamen Wirtschaftsraum von Belarus, Kasachstan und der Russischen Föderation bildeten. Damit wurde die Basis für den freien Verkehr nicht nur von Waren, sondern auch von Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften geschaffen. Im Februar desselben Jahres nahm die in Moskau ansässige Eurasische Wirtschaftskommission ihre Arbeit auf.

Am 29. Mai 2014 unterzeichneten die Präsidenten der Mitgliedstaaten der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsunion im Rahmen einer Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates den Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion. Mit diesem Abkommen wurde das eurasische Wirtschaftsprojekt auf eine neue, tiefere Integrationsstufe überführt.

Am 10. Oktober 2014 wurde im Rahmen des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates in Minsk der Vertrag über den Beitritt Armeniens zur Eurasischen Wirtschaftsunion unterzeichnet.

Am 23. Dezember 2014 unterzeichneten in Moskau die Präsidenten von Belarus, Kasachstan und der Russischen Föderation einerseits sowie der Präsident von Kirgisistan andererseits den Vertrag über den Beitritt der Kirgisischen Republik zur Eurasischen Wirtschaftsunion[6].

Am 1. Januar 2015 nahm die EAWU offiziell ihre Arbeit auf, mit dem Ziel, durch die Beseitigung aller Hindernisse im Binnenhandel einen gemeinsamen Wirtschaftsraum in Eurasien zu schaffen, der das Potenzial besitzt, eine zentrale Rolle in der globalen Wirtschaft einzunehmen. Dazu gelten die Präsidenten der fünf Mitgliedstaaten, der Armenier Sersch Sargsjan, der Belarusse Alexander Lukaschenko, der Kasache Nursultan Nazarbajew, der Kirgise Almasbek Atambajew und der Russe Wladimir Putin, als die Gründerväter der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Trotz der Vielzahl an Regionalinitiativen, die sich nach dem Zerfall der UdSSR in Eurasien herausgebildet haben, bleibt die wirtschaftliche Konvergenz innerhalb der EAWU bis heute begrenzt.

[6] Vgl. „*Khronologiya razvitiya*". In Yevraziyskiy Ekonomicheskiy Soyuz. https://www.eaeunion.org/?lang=ru#about-history (30.12.2025).

Strukturelle Ungleichgewichte und divergierende nationale Entwicklungsstrategien bremsen die Integrationsdynamik fortlaufend. Sowohl die Vertiefung der Integration als auch der Abbau von Binnenhandelshemmnissen gestalteten sich von Anfang an schwierig: die wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der fünf Mitgliedstaaten unterscheiden sich deutlich, und einige traten der Organisation nicht primär aus ökonomischen, sondern aus politischen Motiven bei. So sucht Armenien zum Beispiel durch die Mitgliedschaft vor allem militärische Unterstützung Russlands im Konflikt um Bergkarabach mit Aserbaidschan. Belarus und Kirgisistan hingegen streben verstärkt nach russischen Krediten, um ihre nationalen Rezessionen zu bekämpfen, während Kasachstan darauf ausgerichtet ist, seinen Handel mit Russland weiter auszubauen. Putin verfolgt stattdessen das Ziel durch die Union, ein neues russisches Imperium im eurasischen Raum wiederherzustellen.

Beträchtlich dieser Tatsache zielt das Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion laut Putin nicht darauf ab, die Sowjetunion wiederzubeleben oder die GUS zu ersetzen. Vielmehr betonte der russische Präsident, dass alle Partner und Mitglieder Eurasiens in der Union willkommen sind und die Entscheidung für oder gegen einen Beitritt eine souveräne Angelegenheit jedes einzelnen Landes bleibt. Putin strebt hingegen an, die eurasischen Länder durch die Union enger miteinander zu verbinden: zuerst durch vertiefte wirtschaftliche Kooperationen zur Erleichterung des Handels, anschließend durch die Entwicklung eines umfassenden politischen und militärischen Kooperationssystems. Auf dieser Grundlage betrachtet Putin die Eurasische Union als einen mächtigen supranationalen Zusammenschluss souveräner Staaten, der das Potenzial besitzt, zu einer tragenden Säule der gegenwärtigen Weltordnung zu werden[7].

## D. Ziele und aktuelle Lage der EAWU

Wenn auch Russland mit der Eurasischen Union den Versuch unternimmt, ein russisches Imperium in der Region neu zu beleben, bleibt die Eurasische Wirtschaftsunion letztlich nur eine ökonomische Kooperation zwischen ihren Mitgliedern. Dadurch wollen die Mitglieder der EAWU ihre wirtschaftliche Interaktion durch die Institutionen der Organisation stärken.

Das Funktionieren der EAWU stützt sich auf vier Hauptorgane: 1) den Obersten Eurasische Wirtschaftsrat, der aus den fünf Präsidenten der Mitgliedstaaten besteht und die Aufgabe hat, die politische Orientierung der Union vorzugeben; 2) den Intergouvernementalen Rat, der sich aus den Premierministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt; 3) die Eurasische Wirtschaftskommission, die auf Grundlage des Konsensprinzips entscheidet, wobei jeder Mitgliedstaat über eine Stimme verfügt, um auch den kleineren Staaten wie Armenien und Kirgisistan ein Vetorecht zu garantieren; und 4) den Gerichtshof der EAWU.

[7] Halbach Uwe (2012): „*Vladimir Putin's Eurasian Union A New Integration Project for the CIS Region*". In Stiftung Wissenschaft und Politik German Institute for International and Security Affairs. January 2012. S. 1.

Gemäß Artikel 4 des Astana-Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion verfolgt dieser Integrationsverbund drei zentrale Ziele: a) die Schaffung von Voraussetzungen für eine stabile Entwicklung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten im Interesse einer Verbesserung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung; b) das Bestreben, innerhalb der EAWU einen einheitlichen Markt für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte zu etablieren und c) die umfassende Modernisierung, Intensivierung der Zusammenarbeit und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften im Kontext der globalen Wirtschaft. Zu den aktuellen strategischen Prioritäten für die Weiterentwicklung der Integrationskooperation gehört gemäß dem Beschluss des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates, die Umsetzung des Szenarios „*Eigenes Machtzentrum*", das auf die maximale Ausschöpfung des Integrationspotenzials der EAWU abzielt. Die wichtigsten Aufgaben zur Realisierung dieses Szenarios umfassen: 1) die Koordinierung von Maßnahmen in Schlüsselbereichen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bestimmen; und 2) die Zusammenarbeit im Realwirtschafts- und Dienstleistungssektor, speziell in den Nicht-Rohstoffsektoren der Wirtschaft[8].

Dabei, um das Integrationspotenzial der EAWU zu entfalten, ist eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit erforderlich, die darauf abzielt, durch die eurasische Integration Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Dies kann unter anderem durch ein erweitertes Angebot an Waren und Dienstleistungen für den Binnenmarkt, die stärkere Einbindung der Mitgliedstaaten in die Produktionsketten innerhalb der Organisation sowie die Entwicklung neuer, wettbewerbsintensiver Marktnischen und -segmente erreicht werden.

Um die wirtschaftliche Interaktion der Mitgliedstaaten zu steigern, muss zunächst der Binnenmarkt gestärkt werden. Der im Artikel 28 des EAWU-Vertrags angestrebte gemeinsame Binnenmarkt wird in der Praxis schrittweise umgesetzt. Bislang existiert lediglich der gemeinsame Binnenmarkt für Waren seit der Gründung der Zollunion; dennoch bestehen weiterhin nichttarifäre Hemmnisse wie technische Regulierungen (z. B. Anerkennung von Zertifikaten, Quoten), sodass von vollständiger Warenfreiheit noch nicht gesprochen werden kann. In der Sitzung des Obersten Rates der EAWU im Mai 2019 wurde zudem die Einrichtung eines gemeinsamen Strommarktes beschlossen, der Unternehmen ermöglichen soll, ihren Stromanbieter frei zu wählen und dadurch die Kosten zu senken[9]. Die Schaffung gemeinsamer Märkte für Gas, Öl und Ölprodukte sowie die Errichtung eines gemeinsamen Finanzmarktes der EAWU befinden sich jedoch noch in der Planungsphase. Das bedeutet, dass sich die Zusammenarbeit erst mit der vollständigen Umsetzung aller gemeinsamen Märkte wirklich konsolidieren kann.

[8] Vgl. „*Strategiya Razvitiya YEAES C Usloviyakh Global'nykh Peremen*". In Internet-Portal Sng Prostranstvo Integratsii. 19.04.2025. https://e-cis.info/news/566/126762/ (05.01.2026).
[9] Deutscher Bundestag (2019): „*Eurasische Wirtschaftsunion Aktuelle Entwicklungen, Verhältnis zur EU und der Belt and Road Initiative*". WD 2 - 3000 -134/19. 16. Dezember 2019. S. 5.

Derzeit verfügt die EAWU über ein gesamtes Bruttoinlandsprodukt kaufkraftbereinigt von rund 5 USD Billionen. Das BIP-Wachstum lag 2024 bei rund 4,4% und 2025 bei etwa 3%. Dieser Rückgang ist vor allem auf die hohe Inflation in Russland infolge der westlichen Sanktionen zurückzuführen, die ihre Investitionen in der Union beeinträchtigt haben. In der Tat hängt der Entwicklungsprozess der EAWU maßgeblich von dem nationalen wirtschaftlichen Status ihrer Mitgliedstaaten ab, besonders von der Russischen Föderation, was aktuell Unsicherheiten für die zukünftige Entwicklung der Organisation mit sich bringt.

Eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Mitgliedstaaten zeigt, dass Armenien derzeit an einem politischen und wirtschaftlichen Scheideweg steht. Das Land steht vor der Entscheidung, seine Mitgliedschaft in der EAWU fortzuführen oder sich langfristig stärker an der Europäischen Union zu orientieren. Diese strategische Unsicherheit dürfte dazu führen, dass die armenische Wirtschaft von den hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre abrückt. Besonders der Handels- und Dienstleistungssektor könnte Schwierigkeiten haben, Investitionen aus Russland und anderen EAWU-Staaten zu mobilisieren, sollte Armenien den Kurs in Richtung EU einschlagen.

Das BIP-Wachstum von Belarus wird zwischen 2025 und 2030 voraussichtlich um rund 16,7 USD Milliarden steigen und damit einen Aufwärtstrend erkennen lassen. Das Wachstum wird sowohl durch den Handel mit Russland als auch durch binnenwirtschaftliche Faktoren wie Investitionen und den privaten Konsum beeinflusst. Gleichzeitig steht Belarus aktuell unter externem Druck, größtenteils aufgrund westlicher Isolierung und seiner engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Russland. Dennoch diversifiziert das Land zunehmend seine Handelsbeziehungen in Richtung Asien und Afrika, was die heutige belarussische wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich prägt. So sind die Außen- und Handelsminister von Belarus in den vergangenen Jahren verstärkt bemüht gewesen, Handelskontakte mit China und Indien aufzubauen, um die wirtschaftliche Ausrichtung nach Osten zu verstärken. Dazu gehören auch spezifische Hafenentwicklungen in Russland und China, die ausdrücklich für den Umschlag belarussischer Produkte vorgesehen sind. Um neue wirtschaftliche Partner zu gewinnen und den westlichen Druck auf die belarussische Wirtschaft abzufedern, traf der belarussische Präsident Lukaschenko Ende 2025 seine Amtskollegen aus Myanmar, Oman und Algerien, um neue Handelsabkommen für den Export belarussischer Produkte nach Asien und Afrika auszuhandeln. Für Belarus ist die Erschließung neuer Handelspartner heute wichtiger denn je, da sein Handel mit Europa inzwischen praktisch blockiert ist.

Kasachstan verfolgt aktuell das Ziel, sein Bruttoinlandsprodukt bis 2030 zu verdoppeln. Das Wachstum soll durch eine Diversifizierung der Wirtschaft über den Ölsektor hinaus erreicht werden, mit einem Schwerpunkt auf Verarbeitung, Produktion und Technologie. Zwischen 2025 und 2030 wird ein BIP-Zuwachs von etwa 141 USD Milliarden erwartet. Das Land arbeitet aktiv daran, seine Abhängigkeit vom Ölsektor zu verringern und nicht-ölbasierte Bereiche wie Industrie, Landwirtschaft und Technologie auszubauen. Darüber hinaus konzentriert sich Kasachstan auf die Vereinfachung der

Steuergesetzgebung und die Schaffung eines attraktiveren Investitionsklimas, um sowohl inländische als auch ausländische Investitionen zu fördern.

Kirgisistan strebt an, bis 2030 ein Bruttoinlandsprodukt von 30 USD Milliarden zu erreichen, mit einem jährlichen Wachstumsziel von 11–12%. Dieses ambitionierte Vorhaben ist Teil eines umfassenden nationalen Entwicklungsprogramms bis 2030, das auf bedeutende wirtschaftliche und soziale Verbesserungen abzielt.

Der Zustand der russischen Wirtschaft in den kommenden fünf Jahren lässt sich nur schwer vorhersagen. Sollte jedoch der Konflikt in der Ukraine beendet werden, könnte eine Phase raschen Wachstums einsetzen, vor allem dann, wenn die Handelsbeziehungen mit dem Westen wieder aufgenommen würden. Derzeit geht die Zentralbank Russlands bei Fortbestehen der aktuellen Rahmenbedingungen von einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von etwa 1,8% aus. Dies bedeutet, dass eine Straffung der Geldpolitik den privaten Konsum und die Investitionen voraussichtlich bremsen wird. Zudem dürften Arbeitskräftemangel das Wachstum einschränken und sinkende globale Energiepreise die Export- sowie Haushaltseinnahmen begrenzen. Obwohl ein Rückgang der Inflation erwartet wird, bleibt die Inflation immer noch ein zentrales Problem für Moskau. Daher könnte die Zentralbank an hohen Leitzinsen festhalten, um gegenzusteuern. Auch eine Reduzierung staatlicher Unterstützung für Unternehmen wird als Faktor gesehen, der das Wachstum unter den gegenwärtigen Bedingungen zusätzlich verlangsamen könnte[10].

Im Allgemeinen stagniert das Wirtschaftswachstum der EAWU gegenwärtig, vor allem weil ihr wichtigster Handelspartner Russland infolge der westlichen Sanktionen unter einer Rezession leidet. Das verhindert, dass Russland ausländische Investitionen anzieht und damit seine nationale Wirtschaft stützt. Dies hat direkte negative Auswirkungen auf die Finanzierung der Projekte innerhalb der Union. Zudem hemmen die Inflation und die Kriegswirtschaft neue Industrieinvestitionen, die die Modernisierung der Wirtschaft beschleunigen könnten. Daher sucht Russland verstärkt nach Drittstaaten, die bereit sind, mit der EAWU zu kooperieren, um Investitionen für das wirtschaftliche Wachstum Eurasiens zu mobilisieren. Aufgrund dessen hat die EAWU seit ihrer Gründung bereits mehrere Freihandelsabkommen mit Drittstaaten abgeschlossen. Im Oktober 2016 schloss die EAWU mit Vietnam ein Freihandelsabkommen, dessen Hauptziel die Senkung von Handelshemmnissen und Zöllen war. Im Mai 2018 folgte ein partielles, nicht-präferenzielles Wirtschafts- und Handelsabkommen mit China. Dieses Abkommen ist nicht-präferenziell, d. h. es ist flexibel und kann an die Bedürfnisse einzelner Produkte angepasst werden, anstatt an feste Zollstrukturen gebunden zu sein. Ebenfalls im Mai 2018 wurde ein Interimsabkommen mit dem Iran unterzeichnet, das im Oktober 2019 als Freihandelsabkommen in Kraft trat. Immer im Oktober 2019 unterzeichnete die EAWU ein

[10] „*Eurasian Economic Union GDP Growth Projected To Average 6% Between 2025-2030*". In Russia's Pivot to Asia. 26.07.2025. https://russiaspivottoasia.com/eurasian-economic-union-gdp-growth-projected-to-average-6-between-2025-2030/ (07.01.2026).

Freihandelsabkommen mit Singapur, in dem sich Singapur verpflichtete, Waren aus der Organisation zollfrei zu importieren. Im selben Monat wurde auch ein Freihandelsabkommen mit Serbien geschlossen[11]. Schließlich folgte im Dezember 2025 ein weiteres Freihandelsabkommen mit Indonesien. Überdies erklärte der belarussische Ministerpräsident Alexander Turchin im Dezember 2025 auf einer Sitzung des Eurasischen Regierungsrates, dass ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie ein befristetes Handelsabkommen mit der Mongolei unterzeichnet worden seien. Zudem, immer laut Turchin, führt die Eurasische Wirtschaftsunion derzeit Freihandelsverhandlungen mit mehreren bedeutenden Volkswirtschaften, darunter Ägypten, Indien und Thailand. Außerdem haben Myanmar, Nicaragua und Venezuela Anträge auf einen Beobachterstatus innerhalb der Union gestellt[12].

Trotz der aktuellen geopolitischen Spannungen im eurasischen Raum und der russischen Wirtschaftsblockade gegenüber der EU nimmt die wirtschaftliche Interaktion zwischen den Mitgliedern der EAWU heute stetig zu. Dabei, laut den Daten der Eurasischen Wirtschaftskommission zur BIP-Entwicklung in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024, verzeichneten alle Mitgliedstaaten der EAWU ein positives Wachstum. Kirgisistan führte mit einer beeindruckenden Wachstumsrate von 8,4% die Liste an, gefolgt von Armenien mit 6%. Belarus erreichte mit 4,5% den dritten Platz, während Russland mit 4,2% und Kasachstan mit 4,1% knapp dahinter lagen. Insgesamt stieg das kombinierte Bruttoinlandsprodukt der EAWU-Mitgliedstaaten für das Jahr 2024 um 4,2%[13].

Auch das gegenseitige Handelsvolumen innerhalb der EAWU stieg im Jahr 2024 um 6,3% gegenüber dem Vorjahr und hat sich seit 2015 verdoppelt. Der Außenhandel bleibt jedoch von zentraler Bedeutung und die wirtschaftliche Relevanz Chinas sowie der Europäischen Union, auch trotz der Sanktionspolitik gegenüber Russland und Belarus, für die EAWU-Staaten darf nicht unterschätzt werden. So erreichte beispielsweise der Handel zwischen Russland und Kasachstan, zwei der größten Volkswirtschaften des Blocks, im Jahr 2024 ein Volumen von 28 USD Milliarden – ein Anstieg um 50% gegenüber dem Jahr 2020. Gleichzeitig belief sich Kasachstans Handel mit China im Jahr 2024 auf 44 USD Milliarden und mit der EU auf 50 USD Milliarden[14].

Wie der belarussische Präsident während der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates im Dezember 2025 betonte, hat die EAWU trotz erheblichen äußeren Drucks ihre Bedeutung für die

---

[11] Deutscher Bundestag (2019): *„Eurasische Wirtschaftsunion Aktuelle Entwicklungen, Verhältnis zur EU und der Belt and Road Initiative“*. WD 2 - 3000 -134/19. 16. Dezember 2019. S. 6.

[12] Vgl. Belta (2025): *„YA, Nikaragua i Venetsiya poluchili naivysshiy status. Pravitel'stvo osushchestvlyayet monitoring YEEZ.“* 11.12.2025. https://belta.by/politics/view/mjjanma-nikaragua-i-venesuela-podali-zajavki-na-poluchenie-statusa-gosudarstva-nabljudatelja-pri-eaes-753699-2025/ (09.01.2026).

[13] *„Eurasian Economic Commission highlights strong growth across EAEU member states”*. In Caliber. 13.01.2025. Eurasian Economic Commission highlights strong growth across EAEU member states - in 2024 (09.01.2026).

[14] Dashdorj Zorigt (2025): *„Eurasian Economic Union at 10: Between goals and realities”*. In ECAEF. 19.08.2025. https://ecaef.org/eurasian-economic-union/ (12.01.2026).

Stärkung des Wirtschaftspotenzials ihrer Mitgliedstaaten nicht nur bewahrt, sondern sogar ausgebaut. Nach Angaben Lukaschenkos wuchs das BIP der Union zwischen 2020 und 2024 um 11%, die Industrieproduktion um 15% und die Landwirtschaft um nahezu 10%. Zudem hob das belarussische Staatsoberhaupt hervor, dass die Löhne in allen Mitgliedstaaten gestiegen seien und die Arbeitslosigkeit weiterhin niedrig geblieben sei: von nahezu 6% im Jahr 2020 auf rund 3% im Jahr 2024[15]. Auch die ersten zehn Monate des Jahres 2025 zeigten positive Ergebnisse für die wirtschaftliche Entwicklung der EAWU: die Agrarproduktion in der Eurasischen Wirtschaftsunion stieg um 2,9%, die Industrieproduktion wuchs um 1,3%, das Volumen der abgeschlossenen Bauarbeiten erhöhte sich um 4,5%, und der Außenhandel zwischen den fünf Mitgliedstaaten und Drittländern belief sich auf 629,7 USD Milliarden. Im Zeitraum Januar bis September 2025 nahm das BIP der EAWU um 1,7% zu, während die Investitionen in Sachanlagen um 2,2% anstiegen[16].

Die wirtschaftliche Integration muss jedoch weiter vertieft werden, um die Wirtschaftsbeziehungen der Mitgliedstaaten nachhaltig zu stärken. Voraussetzung dafür ist der konsequente Abbau der Handelshemmnisse. Ein solches Hindernis liegt vor, wenn der freie Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen oder Arbeitskräften durch widersprüchliche oder bereits verabschiedete, jedoch noch nicht in Kraft getretene Rechtsvorschriften beeinträchtigt wird. Für die Aufnahme einer Handelsbarriere in das offizielle Portal der EAWU ist eine Genehmigung der Kommission erforderlich. Diese erfolgt auf Antrag eines Mitgliedstaats oder einer natürlichen bzw. juristischen Person innerhalb eines Mitgliedstaats und führt zu einer formellen Prüfung und Entscheidung. Wird ein Handelshemmnis festgestellt, ist der betroffene Staat verpflichtet, ein einschlägiges EAWU-Abkommen oder einen Kommissionsbeschluss zur Beseitigung des Hindernisses umzusetzen. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 65 Hindernisse registriert. Zwischen 2022 und 2025 konnten 19 davon abgebaut werden, darunter die Bevorzugung lokaler Produkte bei öffentlichen Ausschreibungen in Kasachstan, die Akkreditierungsauflagen für Zweigstellen und Repräsentanzen juristischer Personen aus Mitgliedstaaten sowie die Anforderungen an die Ausstellung von Konformitätszertifikaten in Russland[17].

Ein wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion, der sich heute als erfolgreich erweist, ist die Freizügigkeit der Personen. Bürger der Mitgliedstaaten können derzeit ohne Visum oder Sondergenehmigung in den EAWU-Ländern arbeiten, und

[15] Vgl. Belta (2025): „*Lukashenko otsenil itogi raboty YEAES za pyatiletniy period na konkretnykh tsifrakh*". 21.12.2025. https://belta.by/president/view/lukashenko-otsenil-itogi-raboty-eaes-v-2025-godu-na-konkretnyh-tsifrah-755440-2025/ (12.01.2026).
[16] Vgl. Belta (2025): „*YEEK: strany YEAES demonstriruyut ustoychivyy ekonomicheskiy rost".* 26.12.2025. https://belta.by/economics/view/eek-strany-eaes-demonstrirujut-ustojchivyj-ekonomicheskij-rost-756187-2025/ (12.01.2026).
[17] Dashdorj Zorigt (2025): „*Eurasian Economic Union at 10: Between goals and realities*". In ECAEF. 19.08.2025. https://ecaef.org/eurasian-economic-union/ (12.01.2026).

Arbeitgeber benötigen keine Genehmigung, um ausländische Arbeitskräfte einzustellen. Diese Rahmenbedingungen fördern eine hohe Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb des Wirtschaftsraums.

So waren beispielsweise bis Ende 2024 in Russland über 360.000 Wirtschaftsmigranten aus Kirgisistan registriert. Die Rücküberweisungen dieser Diaspora machten im vergangenen Jahr mehr als 15% des kirgisischen Bruttoinlandsprodukts aus. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Union trotz der aktuellen geopolitischen Herausforderungen weiterhin ein erhebliches Potenzial für die zukünftige Entwicklung der eurasischen Region besitzt.

Belarus übernahm im Jahr 2025 den Vorsitz der Gremien der Eurasischen Wirtschaftsunion. Der belarussische Ministerpräsident Turchin erklärte zum Jahresende, dass sich Belarus während seiner Präsidentschaft auf den Abbau von Handelshemmnissen und Ausnahmen sowie auf die Reduzierung von Beschränkungen im gegenseitigen Handel konzentriert hat. Dabei befasste sich die Eurasische Wirtschaftskommission im Laufe des vergangenen Jahres mit über 30 Problemfeldern, fand Lösungen für 5 davon und arbeitet gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an der Verabschiedung von Rechtsakten zu weiteren 8. Nach Angaben Turchins erzielten die EAWU-Länder im vergangenen Jahr auch praktische Fortschritte bei der Zollverwaltung für die Einfuhr steuerintensiver Güter. Dadurch konnten fiskalische Risiken und Haushaltsverluste für die Mitgliedstaaten verringert werden: *„Die durch diese Maßnahmen generierten Mehreinnahmen belaufen sich auf rund 75 USD Millionen an Einfuhrzöllen und über 600 USD Millionen an Mehrwertsteuer*[18]*“*.

Damit sich die EAWU weiterentwickeln kann, sind folgende Schritte von zentraler Bedeutung: 1) die vollständige Beseitigung bestehender Hindernisse; 2) die Steigerung der Effizienz der Rohstoffmärkte; 3) die Gewährleistung von Qualitätsgarantien, der Sicherheit der im Umlauf befindlichen Waren sowie des ordnungsgemäßen Schutzes der Verbraucherrechte; 4) die Verbesserung der Zollbestimmungen innerhalb der Organisation; 5) die Gestaltung und Weiterentwicklung des digitalen Raums der EAWU; 6) der Aufbau eines effektiven Systems für die Verwaltung und Finanzierung gemeinsamer Kooperationsprojekte; 7) die Entwicklung flexibler Mechanismen zur gezielten Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung; 8) der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, Tourismus und Sport; 9) die Gewährleistung eines möglichst effektiven institutionellen Systems der EAWU sowie die Sicherstellung der Umsetzung geschlossener Abkommen; und 10) die Entstehung der EAWU als eines der bedeutendsten Entwicklungszentren der modernen Welt[19].

---

[18] Vgl. Belta (2025): *„Ustraneniye bar'yerov, kooperatsiya, finrynok. Turchin o klyuchevykh resheniyakh v YEAES pod predsedatel'stvom Belarusi”.* 11.12.2025. https://belta.by/politics/view/ustranenie-barjerov-kooperatsija-finrynok-turchin-o-kljuchevyh-reshenijah-v-eaes-pod-predsedatelstvom-753685-2025/ (14.01.2026).

[19] Vgl. *„Strategiya razvitiya YEAES v usloviyakh global'nykh peremen”*. In Internet-Portal Sng Prostranstvo Integratsii. 19.04.2025. https://e-cis.info/news/566/126762/ (05.01.2026).

Die Beseitigung von Hindernissen für den Ausbau der Integrationskooperation hat deshalb in der derzeitigen Situation für die EAWU-Staaten höchste Priorität, um einen gemeinsamen ökonomischen Raum in Eurasien zu schaffen, der auch andere Staaten der Region anziehen könnte.

Für Staaten wie Belarus und Russland, die gegenwärtig Schwierigkeiten in ihren diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union haben, ist die EAWU zu einem zentralen Faktor ihres Wirtschaftswachstums geworden. Dabei orientieren sich Lukaschenko und Putin zunehmend an verbündeten Staaten in Eurasien, die zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lagen beitragen könnten. Um dieses Ziel im Rahmen der EAWU zu erreichen, müssen die Schaffung gemeinsamer Wirtschaftsräume sowie die Umsetzung einer koordinierten Wirtschaftspolitik innerhalb der Union beschleunigt werden. Denn wenn nur die Integration von außen als funktionierend wahrgenommen wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass weitere Staaten sich für eine Teilnahme an dieser Zusammenarbeit entscheiden.

## E. Die Zukunft der EAWU

Wegen der wirtschaftlichen Krise, mit der Russland derzeit konfrontiert ist, hat sich auch die Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion verlangsamt. Da die Russische Föderation als wirtschaftlicher Motor der Organisation gilt, können kleinere Mitgliedstaaten wie Armenien oder Kirgisistan ohne russische Investitionen keine reale Entwicklung innerhalb der Mechanismen der Union erfahren. Auch Belarus steht aufgrund seiner militärischen Allianz mit Russland weiterhin vor geopolitischen, ökonomischen und strukturellen Herausforderungen im Verhältnis zu seinen westlichen Nachbarn. Dies erschwert die Unterstützung des nationalen Industrialisierungsprozesses, da europäische Investitionen ausbleiben und die belarussische Regierung keine substanzielle Hilfe aus Moskau erwarten kann, das selbst mit einer Rezession zu kämpfen hat. In diesem Szenario stellt sich gegenwärtig die EAWU bislang eher als ein Mechanismus dar, der nur theoretisch eine stärkere ökonomische Kooperation in Eurasien ermöglichen kann. Die Gemeinschaft leidet unter ihrer noch begrenzten wirtschaftlichen Integration und stößt auf zahlreiche Hindernisse bei der Harmonisierung des Binnenmarktes. Einerseits bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede in den ökonomischen Strukturen der Mitgliedstaaten, andererseits verhindern die aktuellen geopolitischen Spannungen eine reale Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft.

Dennoch wollen die fünf aktuellen Mitgliedstaaten der EAWU weiterhin durch ihre Kooperation den Binnenmarkt stärken und sich als eine reale wirtschaftliche Alternative für den globalen Markt anbieten. Um dieses Ziel zu erreichen, unterzeichneten die Regierungschefs der Mitgliedstaaten am 25. Dezember 2023 die Erklärung zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsprozesse innerhalb der EAWU bis 2030 sowie für den Zeitraum bis 2045 mit dem Titel *„Der eurasische Wirtschaftsweg“*. Diese Erklärung definiert die mittelfristigen Ziele der Union bis 2030 und verfolgt die langfristige Vision, die EAWU bis 2045 in eine entwickelte und attraktive Makroregion zu verwandeln. Diese soll über wirtschaftliche, technologische und intellektuelle Führungsrolle verfügen und zugleich einen hohen

Lebensstandard für die Bevölkerung ihrer Mitgliedstaaten gewährleisten. Damit verbunden konzentriert sich die aktuelle Strategie der EAWU auf die Erreichung folgender Kernziele: 1) die vollständige Beseitigung von Handelshemmnissen; 2) die größtmögliche Reduzierung von Ausnahmen und Beschränkungen für den freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitskräfteverkehr; und 3) die Steigerung der Effizienz der Warenmärkte[20].

Jedoch bewegt sich die Arbeit der Eurasische Kommission für die Beseitigung der Hindernisse in dem Binnenhandel derzeit langsam. Beispielweise sah der Vertrag von Astana vor, dass bis zum Jahr 2025 die Energiemärkte der Union etabliert werden sollten, ein Ziel, das bislang nicht erreicht wurde. Darüber hinaus zeigen sich die Mitgliedstaaten nicht uneingeschränkt bereit, die Richtlinien der Eurasischen Kommission in nationales Recht zu überführen, um den eurasischen Markt zu standardisieren. Dies liegt daran, dass die Mitgliedstaaten der EAWU bislang nicht bereit sind, ihre Integration in allen Sektoren, sowohl ökonomisch als auch politisch, zu vertiefen, da sie nicht auf ihre Souveränität verzichten wollen. Diese Zurückhaltung erklärt sich ausdrücklich durch die Rolle, die die Russische Föderation innerhalb der Union weiterhin spielen könnte. Eine Ausweitung der Integration auf politische und militärische Bereiche würde für Moskau tatsächlich bedeuten, stärkeren Einfluss auf die Innenpolitik der anderen Mitgliedstaaten zu gewinnen. Länder wie Armenien, das weiterhin eine europäische Mitgliedschaft anstrebt, oder Kasachstan, das seine politische Unabhängigkeit von Moskau bewahren will, lehnen daher eine Vertiefung der Kooperation ab. Belarus hingegen ist eng mit Russland verbunden und der belarussische Machthaber weiß, dass seine Regierung maßgeblich vom Kremls Unterstützung abhängt. Aufgrund dessen, dass die belarussische Wirtschaft heute zu rund 90% von Moskau abhängig ist, wäre eine Vertiefung der Kooperation innerhalb der EAWU unter russischer Führung aus Sicht Minsks nicht negativ, sofern sie zur Verbesserung der wirtschaftlichen nationalen Lage beitragen würde. Allerdings ist dies derzeit schwer prognostizierbar, weil Russland aufgrund seiner Kriegsökonomie nur begrenzte Ressourcen für das Nachbarland bereitstellen kann.

Es muss auch hervorgehoben werden, dass die Arbeit der Eurasischen Kommission zur Schaffung eines gemeinsamen politischen und ökonomischen Raums nicht konkretisiert werden kann, solange die Mitgliedstaaten nicht bereit sind, aktiv an der Beseitigung von Handelsbarrieren mitzuwirken und einen Teil ihrer Souveränität zugunsten der Organe der EAWU abzugeben. Die Union würde damit ein schwaches regionales Projekt bleiben, das mit der Zeit zunehmend an Attraktivität für potenzielle neue Mitglieder in Eurasien verlieren könnte.

Dagegen muss die Eurasische Wirtschaftsunion, wenn sie ihre wirtschaftliche Macht auf dem geopolitischen Schachbrett stärken will, zunächst ihre internen Mechanismen verfeinern, um die innere Zusammenarbeit zu verbessern und dadurch potenzielle neue Mitgliedstaaten anzuziehen. Anschließend gilt es, die Beziehungen zu Drittstaaten durch den Ausbau von Freihandelszonen zu

[20] Vgl. „*Yevraziyskiy Ekonomicheskiy Soyuz*". In Ministerstvo Inostrannykh del Respubliki Belarus. https://mfa.gov.by/mulateral/organization/list/f535809e487e0aeb.html (19.01.2026).

vertiefen. Außerdem sollte die EAWU, vor allem Russland, bereit sein, mit der Europäischen Union zu kooperieren, anstatt Kontraste zu dieser Organisation zu pflegen. Die EU könnte dabei eine wichtige Rolle für die Entwicklung der EAWU spielen, da sie bis zum Beginn der russischen militärischen Operation in der Ukraine der wichtigste ökonomische Partner Russlands und der Union war.

Allerdings scheint eine aktuelle ökonomische Interaktion zwischen der EAWU und der EU derzeit schwer realisierbar. Dies weil Russland, aufgrund seiner imperialen Ambitionen in Eurasien, die EAWU eher als Konkurrent denn als potenziellen Partner gegenüber der EU betrachtet. Bereits die Gründung der Eurasischen Wirtschaftskommission im Dezember 2008 wurde als Reaktion von Moskau auf den Abschluss von dem Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und sechs GUS-Staaten – Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien und die Ukraine – interpretiert. Auch die weiteren Entwicklungen der Beitritts- bzw. Assoziierungsverhandlungen mit der Ukraine in den Jahren 2013–2014 bestätigen exemplarisch die Konkurrenz zwischen der EU und der EAWU[21].

In der Tat ist das Handelsvolumen zwischen Brüssel und Moskau aufgrund der europäischen Sanktionspolitik in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Konkret haben die europäischen Maßnahmen in den vergangenen drei Jahren zu Import- und Exportbeschränkungen für zahlreiche Produkte geführt. Zwischen dem ersten Quartal 2022 und dem dritten Quartal 2025 gingen dadurch die EU-Exporte nach Russland um 61% und die Importe aus Russland in die EU um 89% zurück. Im dritten Quartal 2025 sanken die Importe aus Russland im Vergleich zum Vorquartal um 1,4€ Milliarden, während die Exporte lediglich um 0,3€ Milliarden zurückgingen[22]. Dieses Sanktionsregime der EU gegenüber dem stärksten Mitgliedstaat der EAWU bedeutet zugleich, dass auch die anderen Teilnehmerstaaten dieser Organisation derzeit keine realistische Möglichkeit haben, über die Strukturen der EAWU eine vertiefte Zusammenarbeit mit europäischen Partnern zu entwickeln.

Da die Eurasische Wirtschaftsunion derzeit kaum Chancen hat, ihre Entwicklung in Richtung Westen auszurichten, bleibt es für die Union extrem wichtig, sich nach Osten zu orientieren. Dabei geht es vor allem um Kooperationen mit Staaten und internationalen Organisationen, die trotz der aktuellen Konfrontation Russlands mit dem Westen weiterhin bereit sind, mit Moskau zusammenzuarbeiten. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Zusammenarbeit mit der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN), die heute für die weltweite Ausdehnung der wirtschaftlichen Interaktionen der EAWU von großer Bedeutung ist. So betonte der Vorsitzende der Eurasischen Wirtschaftskommission, Bakytschan Sagintajew, in einem Treffen mit dem ASEAN-Generalsekretär Kao Kim Horn im September 2025 in Moskau, dass die Kooperation mit der ASEAN seit 2018 eine strategische Ausrichtung für die Mitgliedstaaten der EAWU darstellt. Er verwies darauf, dass der Warenumsatz zwischen den EAWU-

[21] Deutscher Bundestag (2019): „*Eurasische Wirtschaftsunion Aktuelle Entwicklungen, Verhältnis zur EU und der Belt and Road Initiative*“. WD 2 - 3000 -134/19. 16. Dezember 2019. S. 10.
[22] „*EU trade with Russia - latest developments*“. In Eurostat. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?oldid=558089 (19.01.2026).

und den ASEAN-Staaten bis 2024 um 21,8% gegenüber 2018 gestiegen sei und 27,2 USD Milliarden erreicht habe[23]. Geplant ist zudem in dem Kooperationsprogramm für 2026-2030 zwischen den beiden internationalen Organisationen eine Ausweitung der Kooperation in verschiedenen Branchen, insbesondere im Dialog über nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung, Innovationen und technologischen Fortschritt.

Auch die Länder des Nahen Ostens könnten inzwischen eine Rolle für die zukünftige Entwicklung der EAWU spielen. Auch wenn diese Staaten international nur über begrenztes Wirtschaftspotenzial verfügen, bleiben sie für die Russische Föderation die einzige realistische Option, zusätzliche ökonomische Ressourcen zu mobilisieren. Diese werden nicht nur zur Stabilisierung der nationalen Wirtschaft, sondern auch zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Kriegsökonomie benötigt. Genau der Krieg wirkt hier als belastender Faktor, da ein großer Teil der Drittstaaten nach wie vor Zurückhaltung gegenüber einer Kooperation mit der EAWU zeigt. Tatsächlich besteht bei ihnen die Sorge, dass eine Kooperation mit Russland im Rahmen der Union auch für sie westliche Sanktionen auslösen könnte. Dies verhindert gegenwärtig eine weitergehende Evolution der EAWU.

Die übrigen BRICS-Staaten, Brasilien, Indien, China und Südafrika, nehmen eine vergleichsweise neutrale Position zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation ein. Als Befürworter einer multipolaren Weltordnung und Gegner der US-Hegemonie könnten sie durchaus positiv zur ökonomischen Entwicklung der Organisation beitragen.

Die EAWU bleibt ein ambivalentes Projekt: einerseits ökonomisch motiviert, mit dem Zweck, die Region zu stabilisieren und zu modernisieren. Andererseits ist sie stark politisch geprägt durch Russlands Streben nach hegemonialer Kontrolle. Ihre Zukunft bleibt ungewiss, da weiterhin zahlreiche Handelsbarrieren bestehen und die Mitgliedstaaten unterschiedliche Visionen eines Regionalismus in Eurasien verfolgen, von rein ökonomischen bis hin zu militärischen Ansätzen, was eine solide Integration verhindert. Solange kein Frieden erreicht ist, wird es für Moskau schwierig bleiben, neue Partner zu gewinnen und zusätzliche Ressourcen in die EAWU zu investieren. Ohne eine substanzielle Weiterentwicklung der Union besteht zudem die Gefahr, dass sich die übrigen Mitgliedstaaten künftig anderen Integrationsprojekten zuwenden könnten, was Russlands Ambition, erneut eine hegemoniale Rolle in Eurasien einzunehmen, erheblich schwächen würde.

## F. Schlussbetrachtungen

Das Projekt des Regionalismus der Eurasischen Wirtschaftsunion verfolgt seit 2015 das Ziel, in Eurasien einen gemeinsamen Binnenmarkt für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte zu etablieren. Die Gründungsmitglieder – Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Russland – wollen durch die

[23] Belta (2025): „*EAWU und ASEAN bereiten ein Kooperationsprogramm für 2026-2030 vor*“. 01.09.2025. https://deu.belta.by/economics/view/strategische-zusammenarbeit-die-eawu-und-die-asean-bereiten-ein-kooperationsprogramm-fur-die-jahre-2026-76089-2025/ (21.01.2026).

Mechanismen der Union ihre wirtschaftliche Integration vertiefen und damit ihre nationale Wirtschaftslage verbessern. In diesem Zusammenhang strebt die EAWU an, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten zu erhöhen. Zentrale Ziele sind die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten sowie die Erleichterung von Handel und Investitionen. Um dies zu erreichen, besteht die Aufgabe der Union darin, Vorschriften und Standards zu harmonisieren und bestehende Hindernisse zu beseitigen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Aktuelle Prioritäten der EAWU sind die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Innovation, die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration, die Verbesserung der Ernährungssicherheit, die fortgesetzte Digitalisierung, die humanitäre Zusammenarbeit sowie die internationale Positionierung der Organisation als Zentrum wirtschaftlicher Anziehungskraft.

Die EAWU spielt eine bedeutende Rolle bei der Stärkung der regionalen Stabilität in Eurasien, indem sie durch wirtschaftliche Zusammenarbeit potenzielle politische Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten abbaut. Sie fördert einerseits die Stabilität und den wirtschaftlichen Fortschritt Eurasiens und stellt andererseits eine internationale Organisation dar, die durch die Kooperation aller Mitglieder den Herausforderungen der Globalisierung begegnen möchte.

Gleichzeitig steht die EAWU jedoch vor mehreren zentralen Herausforderungen. Dazu zählen die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten: Länder wie Russland und Kasachstan verfügen über deutlich robustere Volkswirtschaften als kleinere Mitglieder wie Armenien oder Kirgisistan. Diese Unterschiede führen häufig zu Handelsungleichgewichten und damit zu Spannungen innerhalb der Gemeinschaft. Hinzu kommen politische Meinungsverschiedenheiten, die die Zusammenarbeit in wirtschaftspolitischen Fragen beeinträchtigen. Darüber hinaus erschwert externer Druck von Institutionen wie der EU die strategische Ausrichtung der EAWU. Auch die Harmonisierung von Regulierungen stellt eine Hürde dar, da die Mitgliedstaaten unterschiedliche Standards und Vorschriften anwenden. Schließlich verhindern der andauernde Konflikt in der Ukraine sowie die westlichen Sanktionen gegen Russland und Belarus, dass diese beiden Länder substanzielle Investitionen in die EAWU tätigen können, was den Fortschritt der Union erheblich bremst.

Das Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion war dennoch von Beginn an von unterschiedlichen Visionen geprägt. Während der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew es primär als wirtschaftliche Integrationsinitiative für Eurasien verstand, betrachtet der russische Präsident Wladimir Putin die Organisation bis heute als Mechanismus für eine tiefere politische, wirtschaftliche und militärische Integration der eurasischen Region. Putins Integrationsvision gründet auf dem Konzept des Eurasianismus, dem zufolge Russland als zentraler Akteur der Region die Mission hat, die Völker Eurasiens zu vereinen, sie vor äußeren Einflüssen zu schützen und ihre wirtschaftliche Entwicklung zu koordinieren.

Obwohl die EAWU heute vor allem wirtschaftliche Instrumente zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit umfasst, lässt sich nicht ausschließen, dass Putins imperiale Ambitionen auch auf

andere Staaten Eurasiens ausgeweitet werden könnten, mit dem Ziel, sein Regionalismus-Projekt militärisch zu erweitern und die eurasischen Staaten noch stärker in den russischen Einflussbereich einzubinden.

Heutzutage ist dieses russische Ziel aber schwer zu erreichen, da die russische Macht in der Region aufgrund der Konfrontation mit dem Westen infrage gestellt ist und die systemischen Probleme der Eurasischen Wirtschaftsunion einer Vertiefung der Integration weiterhin im Wege stehen. Tatsächlich hat die Eurasische Kommission nach wie vor Schwierigkeiten, die Barrieren zwischen den Mitgliedstaaten abzubauen, was vor allem auf ihre stark unterschiedlichen Produktionsstrukturen zurückzuführen ist.

Die Union muss sich daher zunächst auf die Stärkung der Verbindungen zwischen ihren fünf Mitgliedstaaten konzentrieren. Um geopolitisch an Attraktivität zu gewinnen und wirtschaftlich aufzusteigen, ist es zudem notwendig, weltweit neue Wirtschaftspartner zu suchen und mit jenen Staaten Freihandelszonen zu schaffen, die weiterhin bereit sind, mit einer Organisation zu kooperieren, in der Russland der wichtigste Akteur ist. China, Indien und Brasilien könnten dabei als starke Partner fungieren, um die Entwicklung der EAWU voranzutreiben und sie zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten der USA auf dem globalen Wirtschaftsmarkt zu machen.

Die Realität stellt sich für die Eurasische Wirtschaftsunion jedoch weniger rosig dar, da ihre Entwicklung in den ersten zehn Jahren nach der Gründung weitgehend stagnierte und bislang keine nennenswerte wirtschaftliche Dynamik in der Region entstanden ist. Auch wenn die Mitgliedstaaten ein gewisses BIP-Wachstum verzeichnen, reicht diese Stabilität nicht aus, um eine potenzielle Erweiterung der Organisation zu stützen.

Die Zukunft der EAWU hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, die Union von einem politisierten Integrationsprojekt zu einer funktionalen wirtschaftlichen Plattform weiterzuentwickeln, die für externe Partner attraktiv bleibt; oder ob sie primär als geopolitisches Instrument Russlands wahrgenommen wird. Ihre Rolle im globalen Schachbrett bleibt offen: zwischen der Chance, ein eigenständiges Machtzentrum zu werden, und der Gefahr, durch interne Spannungen und externe Isolation marginalisiert zu werden.

Sollte die Russische Föderation in den kommenden Jahren infolge der westlichen Maßnahmen ohne nennenswerte Investitionen in die Organisation bleiben, droht der EAWU statt eines Fortschritts ein Rückschritt. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass einzelne Mitgliedstaaten beschließen könnten, diese wirtschaftliche Gemeinschaft zu verlassen. Ein Szenario, das letztlich zur Auflösung der Eurasischen Wirtschaftsunion führen könnte.

©Ostinstitut Wismar, 2026
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751